



Hamburgischer Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 25

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis 3 Mk. pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 2246.

Hamburg, den 19. Juni 1920

Anzeigen kosten die sechsgepaßte Non-
pareillezeile oder deren Raum 1,50 Mk.
(Der Beitrag ist stets vorher einzusenden.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Wirtschaftssozialismus und Kultur- sozialismus.

Wie uns die Sozialwissenschaft lehrt, wächst der Sozialismus mit Naturnotwendigkeit heraus aus den Klassengegensätzen innerhalb eines Volkes. Die Beobachtung, daß es in einer Volksgemeinschaft ungerecht hergeht, erzeugt in den Massen eine unbehagliche Stimmung und weckt das Klassenbewußtsein, das hinwiederum den Willen hervorruft, bessere, gerechtere Verhältnisse zu schaffen. Da sich diese Ungerechtigkeit am deutlichsten zeigt in den Eigentums-, Besitz- und Erwerbsverhältnissen, in bezug auf Nahrung, Kleidung, Wohnung, in der materiellen Lebenshaltung, kurz in den wirtschaftlichen Verhältnissen eines Volkes, die Klassenunterschiede aufweisen zwischen den Oberschichten und den Volksmassen, so ist es erklärlich, daß sich das Bestreben der Sozialisten zunächst darauf richten mußte, durch eine gründliche Umgestaltung des Wirtschaftslebens diese himmelschreitenden Unterschiede zwischen arm und reich zu beseitigen und einen gerechten Ausgleich herbeizuführen. Der bergeshohe Reichtum und die abgrundtiefe Armut sollten aus der Welt geschafft, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, aus der das Menschenelend entspringt, sollte verschwinden, jedem Menschen, der seine Pflicht und Schuldbiligkeit tut im Dienste der Allgemeinheit, sollte ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet werden. Ganz naturgemäß ist also der Sozialismus in seinen Anfängen eine wirtschaftliche Frage, eine Sache der Umgestaltung der Wirtschaftsweise zugunsten der Unterschichten.

Wenn man die elende materielle Lage der großen Masse des Volkes beobachtet, so versteht man es, daß die erste Sorge eines Sozialisten sein mußte, bessere materielle Lebensbedingungen für das Proletariat zu schaffen, seine materielle Lebenshaltung zu heben. Hieraus erklärt sich der materielle Zug, der dem ursprünglichen Sozialismus anhaftet, hieraus erklärt es sich, daß man ihn eine Magenfrage, eine Messer- und Gabelfrage genannt hat. Weitköpfige Sozialisten erkannten schon damals, daß der Sozialismus in seinem inneren Kern ein Kulturideal ist und die Hebung der Massen auf eine höhere Stufe kultureller Entwicklung zum Ziel hat; aber die Massen selbst steckten noch tief im Materialismus und träumten von einem Genuß-Kommunismus, der ihnen die weitestgehende Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse bringen sollte. Weil sie diese Stimmung verpöhrten und weil sie irrtümlicherweise diesen Genuß-Kommunismus für das eigentliche Wesen des Sozialismus hielten, fürchteten selbst wohlmeinende Männer jener Zeit, durch die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen werde alle Kultur vernichtet und die Menschheit wieder in den Zustand der Barbarei zurückgeschleudert werden. So ist zum Beispiel der Dichter Heinrich Heine, ein warmer Freund der notleidenden Unterschichten, der Meinung, daß der Kommunismus kulturvernichtend wirken werde. In seinem bekannten Gedicht „Die Wanderratten“ behauptet er, daß der sinnliche Rattenhaufen nur fressen und saufen wolle, daß im hungrigen Magen nur materielle Gründe: Suppe mit Knödeln, Wurst und Minderbraten, Eingang fänden, und daß der rabiaten Ratte ein schweigender Stodfisch, in Butter gelotten, besser behage als die schönsten, lehrreichsten Reden. Diese Auffassung, die auf einer fundamentalen Verkennung des Sozialismus beruht, spielt auch noch heute eine Rolle in der Bekämpfung der sozialistischen Forderungen.

In Wirklichkeit ist der Sozialismus über diese Stufe längst hinausgewachsen und zu einer Kulturfrage geworden. Man hat erkannt, daß die Sozialisierung des Wirtschaftslebens nur die Vorbedingung einer Kultivierung der Unterschichten ist, daß der Kultursozialismus das Ziel der sozialistischen Bewegung und daß der

Wirtschaftssozialismus nur das Mittel zur Verwirklichung dieses Zieles ist. Der Kultursozialismus will die Unterschichten aus der Unkultur und dem feilschen Elend befreien, was natürlich nicht möglich ist ohne die Befreiung aus materiellem Elend, er will die Volksmassen auf eine möglichst hohe Stufe kultureller Entwicklung heben. Auch die Proletarier, die bislang von der Anteilnahme an den Schätzen des Wissens, der Bildung, der Kunst, also der gesamten Kultur, ausgeschlossen waren, sollen Kultur- und Vollmenschen werden, das heißt, sie sollen teilhaben an allen Kulturgütern, die Menschengestalt und Menschenfleisch im Laufe der Jahrtausende geschaffen haben. Was die großen Denker erdacht und erdacht, was die großen Dichter erträumt, was die Künstler aller Zeiten geschaffen haben, es soll nicht mehr der Besitz einer dünnen Oberschicht bleiben, sondern Gemeineigentum des gesamten Volkes werden. Auch „die gewöhnlichen Leute“, wie man sie verächtlich nennt, sollen sich an dem erfreuen, was das Leben gut und schön und lebenswert macht, auch sie sollen sich erheben über die Dremühle des Wertalttagstreibens und auf der Höhe der Menschheit wandeln, wo die reine Luft eines edlen Menschums weht. Dann wird das tiefe Sehnen seine Befriedigung finden, das in der Seele auch des einfachsten Proletariats wohnt, und es wird eine Menschengemeinschaft entstehen, von der die Gegenwart kaum eine Ahnung und Vorstellung hat.

Bekanntlich reicht das materielle Wohlbefinden nicht aus, um einen denkenden Menschen voll zu befriedigen, es muß noch eine seelische Befriedigung hinzukommen. Der krasse Genuß-Materialismus bedeutet sogar ein Zurücksinken in die Tierheit, wie wir dies bei dem Leben und Treiben der kapitalistischen Oberschichten und ihrer nur von einem Firnis überzogenen Unkultur deutlich zu beobachten vermögen, erst das Emporheben zur Höhe wahrer Volkskultur, wie es der moderne Sozialismus erstrebt, wird ein menschliches Zusammenleben ermöglichen, wie es den edlen Männern und Frauen aller Zeiten als Ideal vorgeschwebt hat. Dann wird der Menschheit auch die tiefe Wahrheit des Bibelspruches einleuchten: „Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne, aber Schaden litte an seiner Seele?“ Das Suchen der Zeit nach einem Lebensinhalt, das in all der Unrast und der Gärung so deutlich zutage tritt, wird dann gestillt werden.

Selbstverständlich kann dies Kulturideal, das uns vorschwebt, nicht verwirklicht werden ohne eine tief-aufwühlende Revolutionierung unseres Wirtschaftslebens, weil die menschliche Kultur nur die edelste Blüte am Baume einer hohen wirtschaftlichen Einrichtung ist. Darum dürfen wir Gewerkschafter, die ja die Vorhut des praktischen Sozialismus bilden, nicht erlahmen in dem Kampfe um eine bessere Lebenshaltung unserer Klassengenossen. Aber wir dürfen niemals darüber vergessen, daß dies nur die Vorstufe und die Vorbedingung eines kulturellen Hochstandes ist. Unaufhörlich müssen wir die Menschen aufrütteln, damit sie nicht versinken in einen krasen Materialismus und ihre Kräfte verzetteln im notwendigen Kleinkampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen; immer von neuem müssen wir ihnen die Wahrheit in die Ohren schreien, daß eine innige Verbindung und eine fortwährende Wechselwirkung besteht zwischen Wirtschaft und Kultur. Nicht nur die Produktionsmittel sollen sozialisiert werden, damit jede Ausbeutung zu einer Unmöglichkeit wird, auch die Menschen, die die Produktionsmittel benutzen, müssen sozialisiert, das heißt, ihre Köpfe, Herzen und Gemüter müssen mit dem Geiste des Sozialismus erfüllt werden. Wenn so Wirtschaftssozialismus und Kultursozialismus eine innige Verbindung eingehen und sich gegenseitig durchdringen, dann wird auch das erhabene Ziel des Sozialismus verwirklicht werden, das wie ein leuchtendes

Ideal aus der Dämmerung und dem Nebelschleier der Zukunft zu uns herüberwinkt. Hieran mitzuarbeiten, muß die Pflicht und der Stolz eines jeden Tatsozialisten sein.

Die neuen Lohnverhandlungen bis 25. Juni vertagt.

Die gegenwärtig bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse haben die am 8. Juni im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Lohnverhandlungen sehr erschwert. Die Arbeitgeber glaubten, die Preisabschlüsse bei einigen Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen, die aber durch Preissteigerungen bei andern für die Arbeiterschaft besonders ins Gewicht fallenden Artikeln mindestens wieder weitgemacht werden, zum Anlaß für die Ablehnung jeder weiteren Lohnerhöhung nehmen zu können. Sie sprachen sogar von bei ihnen eingegangenen, Anträgen auf Lohnkürzungen, die sie nur zunächst noch zurückgestellt hätten und machten sich dabei die in diesen Wochen recht unklaren politischen Verhältnisse und die durch die Besserung der deutschen Valuta hervorgerufenen Geschäftskorkungen in gewissen Industrien zunutze. Die Arbeitgeber erwarten von diesen Erscheinungen eine Belastung des Arbeitsmarktes, wobei es unseres Erachtens sehr wahrscheinlich, ja sogar sicher ist, daß es sich bei alledem nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt.

Trotzdem glauben unsere Arbeitgeber, es wäre schon der Moment gekommen, wo man sich gegen jede weitere Erleichterung der Lebenslage unserer Kollegen, die wirklich bisher nicht günstig war, sträuben könnte. Darum also lehnte man jede Lohnerhöhung rundweg ab; von Hamburg lag sogar der Antrag vor, die dort festgesetzten 8 M. Stundenlohn auf 5,50 beziehungsweise 5 M. zu verkürzen.

Natürlich traten wir dem gekennzeichneten Bestreben der Arbeitgeber nachdrücklich entgegen. Es blieb in den stundenlangen Auseinandersetzungen nichts unberührt, was unsere Meinung stützte. Besonders hoben wir hervor, daß die Preisbewegungen nach unten und oben in den letzten Wochen eher eine weitere Verschlechterung als eine Verbesserung der Lebenslage unserer Kollegen zur Folge gehabt hätten und daß durch die seitherigen Lohnerhöhungen ein völliger Ausgleich auch noch nicht erreicht worden war, so daß also an einen Stillstand der Lohnentwicklung nicht zu denken sei, selbst wenn einmal einige Preisabschlüsse stattfänden. Nebenher spielte noch eine Rolle, daß in einer Anzahl der bayerischen Lohngebiete das letzte Lohnabkommen nur erst zum Teil durchgeführt ist, so daß wir forderten, daß hierüber an zentraler Stelle ein entscheidendes Wort gesprochen werde.

Bemerkenswert war, daß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes seinen Bezirksvertretern abgeraten hatte, zu den Verhandlungen zu erscheinen. Auf diese Weise glaubte man, eine Verlängerung des bis 25. Juni laufenden Lohnabkommens am einfachsten erreichen zu können.

Der Vertreter des bayerischen Malermeisterverbandes legte größten Wert darauf, daß über die Lohnhöhe künftig in den einzelnen Bezirken verhandelt werde, um so die besonderen Verhältnisse der verschiedenen Landesteile besser berücksichtigen zu können. Wir schlossen uns dem, aber für alle Bezirke, an, jedoch unter der Bedingung, daß über dabei verbleibende Differenzen oder über Bezirke, in denen keine Verhandlungen zustande kommen, abschließend im Reichsarbeitsministerium verhandelt wird. Eine Verlängerung des bestehenden Lohnabkommens lehnten wir entschieden ab, willigten aber herein, daß, da die Arbeitgeber höchstens Bayern besondere Verhandlungen gestatten wollten, die allgemeinen weiteren Verhandlungen auf kurze Zeit, nicht aber bis über den 25. Juni hinaus, vertagt würden.

Schließlich kam nach vierstündigen Verhandlungen folgende Vereinbarung zustande:

1. Das Abkommen vom 30. April (3. Mai) 1920 gilt für alle am Tarifvertrag beteiligten Organisationen und ist daher überall durchzuführen.

2. Die Vertreter der Parteien verhandeln über die Lohnfestsetzung erneut am 25. Juni 1920 in Berlin.

3. Dem Bezirk Bayern bleibt es überlassen, bis zum 25. Juni 1920 wegen eines weiteren Lohnabkommens für seinen Bezirk besondere Verhandlungen zu führen.

ges. Emil Kruse. Regierungsrat.
ges. Otto Streine. ges. Wähler, Vorsitzender.

Am 4. Juni war bereits für Rheinland und Westfalen in Essen verhandelt worden. Dort nahmen die Arbeitgeber die gleiche Haltung ein, stellten nur noch in den Vordergrund ihrer Argumentation die Behauptung, das Malergewerbe könne keine weitere Lohnerhöhung vertragen.

Für die Lohngebiete, die im Freistaat Sachsen in Betracht kommen, ist am 12. Juni in Dresden verhandelt worden. Auch dabei zeigte sich das gleiche Verhalten der Arbeitgeber. Nur hatte man hier scheinbar schon alles Kräfte mit dem Abbau der Löhne gerechnet, und so lud man uns denn ein, mit ihnen zu beraten, wie dieser am zweckmäßigsten vorzunehmen sei.

Der Arbeitsmarkt im Monat April.

Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ war während des verfloffenen Monats für die Gestaltung der Wirtschaft und Arbeitsmarktlage der bedeutsamste Vorgang die Verchiebung in der Wertung der Marktsituation auf den internationalen Währungsplätzen zugunsten der deutschen Währung, die in ihrer Sprunghaftigkeit die Gefahr schwerer Erschütterungen für Handel und Gewerbe und weiterhin für das politische Leben heraufzuführen droht.

So zeigte die Statistik der Arbeitervereine im Verlaufe des Monats April eine, wenn auch nur geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit. In den 84 an der Statistik beteiligten Verbänden waren bei einer Gesamtmitgliedszahl von 5 026 895 98 687 oder 2 v. H. arbeitslos.

Auch der Andrang Stellungsuchender bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen ließ im Berichtsmontat eine Steigerung erkennen. Auf je 100 offene Stellen kamen in der Gesamtzahl 187 männliche und 91 weibliche Arbeitsuchende gegen 162 beziehungsweise 83 im März.

Unter den einzelnen Industriegruppen hatten die stärkste Zunahme aufzuweisen die Bekleidungs- und Spinnstoffgewerbe. In den Gruppen der metallverarbeitenden und Maschinenindustrie wuchs das auf je 100 offene Stellen berechnete Angebot männlicher Arbeitskräfte auf 242 (im Vormonat 231), das weiblicher auf 116 (im Vormonat 112).

In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe nahm während des April nur das Angebot von Arbeitern zu; hier meldeten sich auf je 100 offene Stellen im April 116 gegen 98 Stellungsuchende, während das Angebot weiblicher Arbeitskräfte weiterhin wie im Vormonat zurückging von 124 im Monat März auf 118 im Berichtsmontat.

Das Baugewerbe zeigte einen Rückgang der männlichen Stellungsuchenden von 175 im Vormonat auf 144; ebenso der Bergbau von 71 auf 68.

Beim demgegenüber die Zahl der versicherungspflichtigen Krankenkassenmitglieder — abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken — sich nach den Berichten von 5714 Kassen in der Zeit vom 1. April bis zum 1. Mai um 296 341, das heißt 2,9 v. H. vergrößert hat und

die Zahl der männlichen Pflichtmitglieder um 2,4 v. H. auf 8 530 892, die der weiblichen um 2,1 v. H. auf 8 907 295 gestiegen ist, so ist nicht zu übersehen, daß in diesen Zahlen zum Teil die Auzugarbeiter und Erwerbslosen, für die Bestimmungen gemäß der Versicherung vom Gemeindeverband bei der bisherigen Klasse fortgeführt werden muß, mit enthalten sind.

Die Zahlen der im ganzen Reich aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen Erwerbslosen zeigt im April ebenfalls wie im Vormonat einen Rückgang. Am 1. Mai betrug nach den Berichten der Demobilisierungskommission die Gesamtzahl der Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger) 292 808 gegen 229 544 am 1. des Vormonats; hiervon entfielen auf das männliche Geschlecht 228 490 (im Vormonat 258 780), auf das weibliche 64 318 (im Vormonat 70 764). Die Zahl der unterstützten Familienangehörigen Erwerbsloser (Zuschlagsempfänger) sank von 207 107 im März auf 272 842 im Berichtsmontat.

Auch hier läßt aber die günstige Entwicklung der Gesamtzahlen einen Rückschluß auf eine allgemeine Besserung der Arbeitsmarktlage nicht zu.

Für das gesamte Baugewerbe ergibt sich nach den Feststellungen des „Reichsarbeitsblattes“ für April 1920 folgendes Vermittlungsergebnis der Arbeitsnachweise:

Table with 4 columns: Beruf, Arbeits-suche, Offene Stellen, Besetzte Stellen. Rows include Maurer, Stuckateure, Zimmerer, Maler, Lackierer, Anstreicher, Glaser.

Auf 100 offene Stellen entfielen demnach für das Baugewerbe Arbeitsgesuche in den ersten 4 Monaten dieses Jahres:

Table with 5 columns: Beruf, Januar, Februar, März, April. Rows include Maurern, Zimmerern, Malern, Gläsern.

Auf die einzelnen Landesstellen verteilten sich in den Monaten Februar, März und April 1920 Angebot und Nachfrage für das Malergewerbe wie folgt:

Table with 6 columns: Land, Arbeits-suchende, Offene Stellen, Arbeits-suchende, Offene Stellen, Arbeits-suchende, Offene Stellen. Rows include Ostpreußen, Westpreußen, Berlin u. Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinland, Bayern, Freistaat Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg, Thüring. Staaten, Oldenburg, Braunschweig, Lübeck, Bremen, Hamburg.

Ueber die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder in den verfloffenen 5 Monaten dieses Jahres weist unsere Verbandsstatistik folgendes Ergebnis auf:

Table with 8 columns: Monat, Arbeitslose Mitglieder am Schlusse des Monats, Son 100 Mitgliedern waren Arbeitslose am Schlusse des Monats. Rows include Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November, Dezember.

Lohnbewegungen.

Um die Lohnverhältnisse unserer Kollegen auf den Fehen

haben in letzter Zeit wiederholt Verhandlungen stattgefunden. Die mit dem Fehenverband am 19. Mai geführten Verhandlungen hatten folgendes Ergebnis:

Unter Voraussetzung der Bewilligung einer entsprechenden Kohlenpreiserhöhung tritt vom 1. Juni an für alle Arbeiter über 20 Jahre eine Erhöhung der Schichtlöhne unter Tage um 6 M. pro Schicht ein. Der Lohn der Tagearbeiter wird um 7 1/2 M. pro Stunde für alle über 20 Jahre alten Arbeiter erhöht. Die Löhne der Tagearbeiter unter 20 Jahren verringern sich zukünftig pro Jahr um 4 M. pro Stunde (statt 85 M. laut bisheriger Fehnoten), so daß die 19 Jahre alten Arbeiter eine Lohnerhöhung von 70 M., die 18 Jahre alten Arbeiter eine solche von 65 M. usw. und Arbeiter bis zu 14 Jahren eine solche von 45 M. erhalten.

Ausgenommen sind die in der Lohnordnung unter Ziffer 2, 3, 4 und 5 fallenden gelernten und ungelerten Handwerker, die eine Lohnerhöhung von 80 M. erhalten haben, so daß die neuen Stundenlöhne folgendermaßen lauten: 2. Gelernte Schmiede, Schlosser usw. 5,80 M. 3. Ungelernte Schmiede, Schlosser usw. 5,15 M. 4. Gelernte Maurer, Schreiner, Anstreicher usw. 5,25 M. 5. Ungelernte Maurer, Schreiner, Anstreicher usw. 5,10 M. (unter 20 Jahren pro Stunde und Jahr 40 M. weniger.)

Lehrlinge mit Lehrvertrag erhalten zukünftig im 1. Lehrjahre 1,60 M. (35 M. Lohnerhöhung) pro Stunde. 2. 1,85 M. (40 M. Lohnerhöhung) pro Stunde. 3. 2,50 M. (45 M. Lohnerhöhung) pro Stunde.

Am 28. Mai fanden in Berlin in einer gemeinsamen Mitglieberversammlung des Reichsarbeitsverbandes und des großen Ausschusses des Reichsarbeitsrates Verhandlungen über die Kohlenpreiserhöhung statt. Das Rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat hatte einen Preiserhöhungsantrag gestellt, nach dem, wie oben angegeben, die Lohnerhöhung vom 1. Juni an von den Unternehmern von einer entsprechenden Kohlenpreiserhöhung abhängig gemacht worden war.

Die Verhandlungen waren getragen von der Schwere der Verantwortung für die Folgen einer weiteren Kohlenpreiserhöhung gerade im jetzigen kritischen Stadium unserer Wirtschaft. Das Reichswirtschaftsministerium hatte aus dringendster vor einer weiteren Preiserhöhung gewarnt und erklärt, daß die Regierung einer solchen nicht zustimmen könne. Nach eingehenden Beratungen wurde für Rheinland und Westfalen eine Einigung auf der Basis erzielt, daß

- 1. die Unternehmer eine bare Lohnerhöhung einschließlich Kinbergeld in Höhe von 8 M. pro Schicht (1,50 M. Lohnerhöhung, 1,50 M. Kinbergeld) auf sich nehmen wollten, unter der Voraussetzung, daß die Materialpreise nun die Kurse nach unten nehmen, andernfalls Anfang Juli auf den Preiserhöhungsantrag zurückgekommen werden müßte; 2. das Reich den Ruhrbergleuten zunächst für den Monat Juni einen Lohn in Höhe von 4,50 M. pro Schicht gibt, der gegen die von den Fehen gelieferten Lebensmittel in Zahlung genommen wird.

Die Mittel dazu nimmt das Reich aus den Fonds, die bereits aus dem bekannten Kohlenpreiszuschlag von 2 M. für Ernährung der Bergleute gebildet ist und aus dem Gewinn, der dem Reich jetzt schon durch die Besserung der Wälsche aus den Lebensmittelaufkäufen entfließt.

Auf Grund dieser Einigung hat das Rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat seinen Preiserhöhungsantrag zurückgezogen.

Zu dieser neuen Situation nahmen am Samstag, den 5. Juni, der Fehenverband und die Kommission der Arbeitervereine Stellung. Der Fehenverband verlangte eine Abänderung des Lohnabkommens vom 19. Mai, wonach die Arbeitervertreter nicht einverstanden erklären konnten. Sie traten vielmehr für eine vollständige Aufrechterhaltung des Abkommens ein, tatsächlich würde durch die Verhandlungen in Berlin keine Abänderung bedingt, nur erfolge für die restlichen 4,50 M. ein Ausgleich durch Waren. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen verlagert. Wir werden weiter berichten.

In Ostfriesland, Lauenburg, Ostpreußen, Baden und Landeshut befinden sich die Kollegen im Streik. Diese Bewegungen richten sich gegen die Ablehnung des vom Preussischen Schlichtungsausschuss einstimmig gefällten Schlichterspruches über ein neues Lohnabkommen durch den Schlichter-Malerverband. Ueber den Schlichterspruch, den beide Parteien verlangt hatten, berichteten wir bereits in Nr. 25 des „Vereins-Anzeiger“.

Verban. Einen verhältnismäßig schönen Erfolg errangen sich die hiesigen Kollegen durch ihr einmütiges geschlossenes Vorgehen zur Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse. In Berücksichtigung der hier besonders teuren Lebensverhältnisse und in Hinblick auf die bessere Entlohnung unserer Fernkollegen in der Waggonfabrik, mußten sich auch die Malermeister bequemen, ihren Leuten immer etwas besseres abzugeben, als man das in den umliegenden Lohngebieten gewöhnt war. Durch Verhandlungen, denen ein zweifelhafter Streik vorausging, an denen der Syndikus des hiesigen Wirtschaftskomitees, von unserer Seite der Bezirksleiter Kollege Bogt teilnahmen, wurde der Stundenlohn vom 1. Mai an von 3,68 M. auf 5,50 M. erhöht. Dieser rasche Erfolg konnte nur dadurch erreicht werden, daß jetzt auch der letzte Kollege den Weg zur Organisation gefunden hatte und infolgedessen einmütig und geschlossen gehandelt werden konnte.

Eingefandt.

Nochmals zur Ferienfrage.

Daß das Maler- resp. das ganze Baugewerbe in bezug auf Ferien noch soweit im Rückstand ist, ist sehr zu bedauern; aber infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse ist jetzt nicht viel daran zu ändern, weil eben alle Bauberufe nur Saisonarbeiten sind und dadurch die Ferienfrage von den Unternehmern zu leicht auf die lange Bank geschoben werden kann. Wie stellen sich aber die in den Malerbetrieben beschäftigten Malergehilfen dieser Frage gegenüber? Alle in diesen Betrieben tätigen Arbeiter wie Tischler, Polsterer und Transportarbeiter haben ihre Ferien, wir Maler aber sind leider noch nicht in der Lage, einige Tage aus den gesundheitsschädlichen Werkstätten herauszukommen. Ein Vorstellen beim Unternehmer ist zwecklos, denn er weiß uns dahin ab, daß wir ja laut Tarif keine Ferien zu beanspruchen haben. Und so sollen wir nun, da sich, wie bereits erwähnt, unsere Organisation dieser Vergünstigung noch nicht erfreuen kann, mit darunter leiden. Dies ist wohl nicht angebracht, wie mir ein jeder Kollege zugeben muß. Die Frage ist nun: wie ist hier eine Abänderung zu schaffen? Meiner Meinung nach ließe sich folgender Weg einschlagen: Die in den

Möbelfabriken sowie in ähnlichen Möbelfabrikereien beschäftigten Gehilfen werden vom Bauwerk getrennt gehalten und bilden eine Zweigabteilung, wonach dann ein Tarif, in dem die Ferienfrage geregelt ist, ausgearbeitet werden dürfte. Auf jeden Fall muß in dieser Hinsicht etwas geschaffen werden, sonst werden wir nie eine derartige Vergünstigung erzielen und wir sind und bleiben immer die Leidtragenden. Möchte nun die in Frage kommenden Kollegen sich hierzu Stellung zu nehmen und meine Ansicht zu unterstützen, damit auch wir, ebenso wie die übrigen Arbeiter, Ferien erhalten.
O. Röhler, Chemnitz.

Bewerkschaftliches.

Der erste Bundesstag der freien Gewerkschaften Westfalens wird vom Bundesvorstand für den 17. Juli 1920 nach Bromberg (Wydgoszcz) Arbeiterklasse, Talstraße 9, einberufen. Bis zu 600 Mitgliedern wird 1 Delegierter zugelassen. Vom Bausewerb erhalten Delegierte: Bauarbeiter 5, Zimmerer 2, Dachbeder, Maler, Steinseger, Steinarbeiter, Tapezierer und Zöpfer je einen.

Weitere Anstellung von Arbeiter- und Angestellten-Kontrolluren. Der Hamburger Senat hat auf Grund der §§ 180 b, und 185 der Gewerbeordnung angeordnet:

„Die Aufsicht über die Durchführung der Verordnung vom 18. März 1919 wird dem Gewerbeaufsichtsamt übertragen. Das Gewerbeaufsichtsamt werden zu diesem Zweck neben den Gewerbeinspektoren Handelsinspektoren und Gewerbetätigenkontrolleure in solcher Zahl unterstellt, daß eine ständige und gründliche Revision aller der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe über die Anwendung der in der Gewerbeordnung, in dem Handelsgesetzbuch enthaltenen und sonst erlassenen Schutzvorschriften zur Verhütung von Unfällen erfolgen kann; diesen Aufsichtsbefugnissen untersteht auch die Aufsicht über das Befähigungswesen und den Fortbildungsbefehl. Zur spezialisierten und praktischen Unterstüzung dieses Aufsichtsbefehltes werden der Handelsinspektion Handelskontrollure angegliedert und bei der Bauaufsicht werden Baukontrollure sowie bei dem Aufsichtsbefehl für Dampfessel und Maschinen werden Betriebskontrollure ange stellt. Die Anstellung dieser Personen erfolgt bis zur gesetzlichen Einrichtung von Arbeiterkammern auf Kündigung und werden diese auf Grund von Vorschlägen der Gewerkschaften der Angestellten und Arbeiter gewählt. Für die Baukontrollure sind hierbei die Vorschläge der Bauarbeiter, (Schulmeister und für die Betriebskontrollure die des Zentralverbandes der Maschinen- und Seiler maßgebend. Für die Tätigkeit, Befugnisse und Aufgaben der Kontrollure verschiedener Art wird von den zuständigen Behörden eine Dienstvorschrift herausgegeben.“

Ueber eine Million Mitglieder der freien Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen und Lippe-Deitmold. Die Entwicklung der freien Gewerkschaften im Westen Deutschlands zeigt Zeugnis ab von dem starken Vertrauen der Arbeiterschaft zu ihnen, sie ist ein glänzender Eroberungszug. Das Bezirkssekretariat der allgemeinen deutschen Gewerkschaften für Rheinland-Westfalen und Lippe-Deitmold hat, wie vor dem Kriege, so auch jetzt wieder durch Umfrage bei den Verbänden die Stärke der freien Gewerkschaften in seinem Bezirk festgestellt. Danach waren am Schluß des abgelaufenen Jahres 1 188 895 Mitglieder vorhanden. In dieser Zahl beruht sich eine Macht aus, die respektiert werden muß von allen, die damit in Verbindung treten müssen. Wie groß waren die Hindernisse, die zu überwinden waren! Ein Unternehmertum, dessen Machtdünkel keine Grenzen kannte, das sich unerschrocken auf den Herrin-Hause-Standpunkt stellte, das vor dem Kriege systematische Organisationen der sogenannten wirtschaftlichen Arbeiter züchtete, um damit der kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken fallen zu können. Im Westen war das ureigenste Gebiet der christlichen Gewerkschaften; hier sorgten die katholische Kirche und ihre Diener, vom Bischof bis herunter zum Kaplan dafür, daß die Arbeiter den freien Gewerkschaften ferngehalten und den christlichen angeführt wurden. Mit diesen Widerständen räumte zum Teil die Revolution auf. Aber neue Hindernisse trachten auf. Die Syndikalisten, vor dem Kriege ein beschämtes, unbeachtetes Dasein führend, predigten nun als neue Apostel die „direkte Aktion“. Mit Maschinengewehren wurden von diesen Leuten in den ersten Revolutionsmonaten Forderungen der Arbeiter gegenüber der Industrie durchgesetzt. Was wäre aus diesen Erfolgen geworden, wenn nicht starke festgesetzte Organisationen für die Erhaltung und weiteren Ausbau des Erreichten eingetreten wären? Es kam die Erkenntnis, daß mit niedrigen Beiträgen und Maschinengewehren keine Kampfgewaltigkeiten gegenüber dem Unternehmertum des Westens geschaffen werden konnten. Die syndikalistische Welle flaute ab, und was noch übrig geblieben ist, muß durch Aufklärung über die wirtschaftlichen Verhältnisse weiter geläutert werden. Die Entwicklung wird dabei behilflich sein.

Das Werden und Wachsen der freien Gewerkschaften wird am besten durch folgende Mitgliederzahlen veranschaulicht: Am jeweiligen Jahreschluß 1908 221 481, 1909 227 788, 1910 268 104, 1911 288 842, 1912 285 082, am 1. Juli 1914 260 348, am Jahreschluß 1918 487 441 und am Jahreschluß 1919 1 188 895.

Bis zum Jahre 1912 erstreckten sich die Feststellungen nur auf die Provinzen Rheinland und Westfalen; von 1914 an auch auf den Freistaat Lippe-Deitmold. Am Jahreschluß 1919 zählten über 10 000 Mitglieder: der Zentralverband der Angestellten 44 888, der Bauarbeiterverband 69 001, der Bergarbeiterverband 217 347, der Eisenbahnerverband 66 888, der Fabrikarbeiterverband 44 555, der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband 22 244, der Holzarbeiterverband 84 058, der Maschinen- und Seilerverband 24 120, der Metallarbeiterverband 287 348, der Schneiderverband 350, der Textilarbeiterverband 82 695, der Transportarbeiterverband 67 943. Die Aufwärtsentwicklung ist noch nicht abgeschlossen, alle Verbände berichten von weiterem Zuwachs. Mehr als der siebte Teil von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften sind im Westen Deutschlands. Diese Macht, richtig angewandt, verbürgt auch für die Zukunft weitere Erfolge. In die Gewerkschaften darf die unheilvolle Zersplitterung der Arbeiterschaft auf politischem Gebiet nicht hineingetragen werden. An

der Arbeiterschaft selbst liegt es, diese Macht zu stärken durch Abwehr aller Abspaltungsversuche und restlose Zustimmung der noch Fernstehenden. Dem Unternehmertum eine einzige, geschlossene Arbeiterschaft entgegenzustellen, ist das Ziel der Zukunft.

Der Verband der Bergarbeiter im Jahre 1919. Im Jahresmittel hatte der Verband 893 184 männliche und 8764 weibliche, zusammen 906 950 Mitglieder. Am Eintritten brachte das Jahr 244 928 (davon 5115 weibliche) Mitglieder. Die Jugendabteilung des Verbandes wies am Jahreschluß 8086 Mitglieder auf, die in obiger Gesamtmitgliederzahl eingeschlossen sind. Die Einnahme betrug 14 808 818 M. Dazu kommt der Vermögensbestand am Schluß des Jahres 1918 mit 7 657 781 M., so daß eine Gesamteinnahme von 22 466 600 M. gebucht werden konnte. Die Gesamtausgabe betrug 7 188 958 M. Das Gesamtermögen betrug am Jahreschluß 14 979 410 M. gegen 7 657 781 M. am Schluß des Jahres 1918. Es ist also eine Vermehrung des Verbandsermögens von 7 321 729 M. zu verzeichnen. An dem Gesamtvermögen ist die Hauptklasse mit 14 080 741 M. beteiligt, während auf die Bezirks- und Lokalklassen 948 878 M. entfielen. Obwohl die Einnahmen gestiegen sind, ist es doch erforderlich, daß die Beiträge den Rechtsverhältnissen entsprechend erhöht werden. Der Vorstand hat deshalb auch vom 28. März an einen Extrabestrag eingeführt, durch den die wöchentlichen Beiträge auf 1, 1.50 und 2 M. erhöht werden. Dazu kommen dann noch die Bezirks- und Lokaltbeiträge mit 20 bis 50 S die Woche.

Man kann nicht sagen, daß die Entwicklung des Verbandes nach jeder Richtung befriedigt; denn es dürften am Schluß des Jahres 1919 im deutschen Bergbau (einschließlich Saarbrücken) ungefähr 900 000 Arbeiter beschäftigt gewesen sein. Demnach hat der Verband noch nicht die Hälfte der Berufsgelegenheiten erfaßt. Schuld an diesem Zustande ist der Gang vieler Bergarbeiter nach Sonderorganisationen. Außer der christlichen, polnischen und Hirsch-Dunderföhen Bergarbeiterorganisation gibt es im Ruhrrevier namentlich noch neben der syndikalistischen Arbeiterunion noch die Allgemeine Bergarbeiter-Union, während im sächsischen Braunkohlenrevier eine Betriebsorganisation gegründet wurde. In dem von National-Leibensschaften durchwühlten ober-sächsischen Bergrevier hat neben der Nationalpolnischen Berufsvereinigung der radikal-sozialistisch-polnische Bergarbeiterverband der Entwicklung des Verbandes geschadet. Bemerkenswert ist, daß liberal dort, wo vor und während des Krieges die gelben, königs- und reichstreuen Wert- und Knappenvereine größeren Anhang hatten, heute radikale Draufgänger am liebsten geöhrt werden. Diese Zersplitterungstätigkeit hat mit sich gebracht, daß ein erheblicher Teil der Bergarbeiter heute wieder im Lager der Unorganisierten zu finden ist. Allmählich muß jedoch der Gesundungsprozeß einsetzen. Schon mehreren sich die Angelegenheiten für die frühere Verbandsmitglieder, die bei den Syndikalisten und Unionisten ihr Heil versuchten, zum Verband zurückkehren. Möge diese Entwicklung in aller nächster Zukunft große Fortschritte machen, damit alle freiwillig denkenden und vorwärtsstrebenden Bergarbeiter im Bergarbeiterverband zusammengefaßt sind. Schon heute stellt der Verband eine Macht dar, die durch ihren Einfluß viel für die Bergarbeiter erreicht hat. Die Einführung von Tarifverträgen in allen Bergrevieren war vor 2 Jahren noch ein Traum, jetzt ist sie längst zur Tatsache geworden. Es gilt, den Tarifgedanken im Bergbau zu vertiefen. Dazu ist eine starke freigewerkschaftliche Bergarbeiterorganisation erforderlich. Mögen die deutschen Knappen aus den Vorkämpfen der letzten Tage lernen, damit der Verband im Jahre 1920 eine weitere Stärkung erfährt.

Arbeiterversicherung.

Das Versicherungsverhältnis der Angestellten. Die Nationalversammlung hat die Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung auf Angestellte mit einem Jahreseinkommen bis 15 000 M. ausgedehnt, gleichzeitig aber den dadurch neu Versicherten (auch wenn sie früher ausgeschlossen waren) das Recht gegeben, sich von ihrer eigenen Beitragspflicht entbinden zu lassen, wenn sie eine Lebensversicherung abgeschlossen haben oder eine solche bis zum 30. Juni dieses Jahres bei einer Gesellschaft beantragen, ihr Einkommen über 6000 M. und die Monatsprämie mindestens 18,30 M. beträgt. Nachversicherungen, um die Höhe dieser Prämie zu erreichen, müssen bis 1. September dieses Jahres bewirkt sein. Bis zu diesem Termin sind auch Anträge auf Befreiung von der eigenen Versicherungs-pflicht auf Grund einer bestehenden oder bis zum 30. Juni beantragten Lebensversicherung bei der Angestelltenversicherung zu stellen. Ihre Ansprüche an die letztere bleiben auf Grund der Arbeitgeberbeiträge bestehen, während sie den Vorteil genießen, mit ihren eigenen Beiträgen eine besondere Lebensversicherung eingehen zu können, die auch noch bis 600 M. steuerfrei ist. Da die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung, die Volksfürsorge, bis 5000 M. versichert und für die hier in Frage kommenden namentlich der Tarif IIa große Vorteile bietet, beantragen die Angestellten am besten sofort eine Versicherung bei der Volksfürsorge und lassen sich Auskunft in den Konsumvereinen, bei den Gewerkschaften, den Rechnungsstellen oder dem Hauptgeschäft der Volksfürsorge, Hamburg 5, erteilen.

Sozialpolitisches.

Das Existenzminimum für Mai erforderte nach den bekannten Berechnungen des Direktors des Statistischen Amtes in Berlin-Schöneberg, Dr. A. Kuczynski, in Groß-Berlin für ein Ehepaar mit 2 Kindern 370 M., für ein Ehepaar ohne Kinder 268 M. und für einen Mann 179 M.; auf Ernährungskosten entfallen davon bei einer vierköpfigen Familie 45,1%, auf Wohnung 24%, auf Heizung und Beleuchtung 6%, auf Bekleidung 26% und auf Sonstiges 20%. Vom Mai 1914 bis Mai 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 28,70 M. auf

370 M., d. h. auf das 12,9fache gestiegen; die Mark hatte demnach in Berlin im Mai d. J. nur noch einen realen Wert von 8 bis 9 %.

Vorarbeiten für das neue Arbeiterrecht. Der Ausschuss zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Arbeitsgesetzbuches ist kürzlich unter Leitung seines Vorsitzenden, des Ministerialdirektors Siefert, im Reichsarbeitsministerium zu Beratungen zusammengetreten. Dem Ausschuss gehören an: Ministerialrat Professor Dr. Adler (Wien), Fräulein Dr. phil. Marie Baum (Hamburg), Rechtsanwalt Dr. Georg Baum (Berlin), Sächsischer Geheimrat Rat und Ministerialdirektor im Ministerium des Innern Dr. Dehne (Dresden), Arbeitersekretär und Medailleur Gröseling (Berlin-Waumscheuleweg), Professor Dr. E. Franke (Dresden), Fräulein Dr. Käthe Gabriel (Berlin), Professor Dr. Kassel (Berlin), Magistratsrat Dr. Landsberger (Charlottenburg), Geheimer Justizrat Professor Dr. Dertmann (Wöttingen), Dr. Heinz Potthoff (München), Sektionsrat Professor Dr. Triban (Wien), Bayerischer Ministerialdirektor Dr. Rehmer (Berlin), Professor Franz Hoehn (Frankfurt a. M.), Gewerberat Ernst Schmidt (Berlin), Medailleur Umbreit (Berlin), Reichsminister a. D. Wissell (Berlin) und Professor Dr. Holzendorff (Galle).

Außerdem wirken an der Ausarbeitung des Entwurfes noch eine Anzahl von Mitarbeitern mit, die einzelne Sonder-fächer bearbeiten. Die Arbeiten der von dem Gesamtausschusse gebildeten Unterausschüsse sind zum Teil bereits weit fortgeschritten. In Bearbeitung sind besonders die Entwürfe einer Schlichtungsordnung, eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Heimarbeitgesetzes, eines Hausdienstgesetzes und eines Tarifvertrags-gesetzes sowie mehrere Sonderabschnitte des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts. Die vorerwähnten Gesetzesentwürfe sollen vorweg erledigt und später in das Gesamtwerk eingearbeitet werden. In Aussicht genommen ist ferner ein Gesetz über Arbeitsverhältnisse der Erörterung der bisher vorliegenden Vorentwürfe, besonders eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Arbeitsnachweisgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes zum Gegenstande.

Außerdem fand eine Aussprache darüber statt, wie die Fortführung der Arbeiten zweckmäßig zu gestalten und tunlichst zu fördern sei. Auch wurden die Beziehungen zum internationalen Arbeitsrecht, namentlich mit Rücksicht auf die von der Hauptversammlung des Internationalen Verbandes der Arbeit im Oktober und November 1919 in Washington gefassten Beschlüsse, erörtert. An der Besprechung des Tarifvertragsgesetzes nahmen auch Mitglieder des Tarifrechtsausschusses der Gesellschaft für Soziale Reform teil.

Änderung der Verordnung über Tarifverträge. Das Reichsarbeitsministerium hat eine Verordnung betreffs Änderung des Abschnitts I der Verordnung über Tarifverträge vom 28. Dezember 1918 ausgearbeitet, die vom Reichsrat und dem zuständigen Ausschuss der Nationalversammlung angenommen worden ist. Danach haben alle auf die allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen bezüglichen öffentlichen Bekanntmachungen von einem noch bekannt zu gebenden Zeitpunkt an nicht mehr wie bisher im „Deutschen Reichsanzeiger“, sondern auf Kosten der Vertragsparteien im „Reichsarbeitsblatt“ nach näherer Bestimmung des Reichsarbeitsministers zu erfolgen. Ferner wird bestimmt, daß die an einem Tarifvertrag als Vertragspartei beteiligten Arbeitgeber und wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern innerhalb zweier Wochen nach Vertragsabschluss dem Reichsamts für Arbeitsvermittlung und dem zuständigen Landesbeamten für Arbeitsvermittlung je zwei Abschriften und dem zuständigen Gewerbeaufsichts-beamten je eine Abschrift des Tarifvertrages nebst etwaigen Ergänzungen und Änderungen kostenfrei einzureichen haben. In gleicher Weise ist die Aufhebung oder Kündigung eines Tarifvertrages, letztere durch die kündigenden Vertragspartei, unter Angabe des Zeitpunktes, an dem der Tarifvertrag abläuft, anzugeben. Werden diese Pflichten nicht erfüllt, so kann das Reichsamt für Arbeitsvermittlung gegen die Verpflichteten nach vorheriger Androhung Ordnungsstrafen bis 800 M. festsetzen.

Die Lage der Arbeitsinvaliden. In einer uns zu gesandten Notiz über die Lage der Arbeitsinvaliden heißt es unter anderem: Männer und Frauen! Arbeitsgenossen, Proletarier! Hört die Notschreie eurer unglücklichen Volksgenossen, der Arbeitsinvaliden. Auch sie haben das Recht zu leben, sich zu kleiden und ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Die Arbeitsinvaliden, deren Angehörigen, Witwen und Waisen hungern und darben, ihr Elend schreit zum Himmel. Sie empfangen heute noch selbst für frühere Zeiten völlig unzureichende Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten, die in den allermeisten Fällen nur wenige Tage zum Leben reichen. Die Lage dieser Bedauernswerten ist eine geradezu verzweifelte. Ihr werdet mitleiden, wie traurig und bitter für diese Lebenden und Schwachen, die Arbeitsveteranen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben und deren Körperkräfte im Dienste des Kapitalismus jetzt verbraucht sind, es ist, den Dornenweg nach dem Arnenamt gehen zu müssen. Arnenamt, Arnenhaus, das sind Worte, die im Volksmund einen herben Klang haben und mit deren Einrichtungen kein Mensch gern etwas zu tun haben will. Auch der Menschenstolz der Arbeitsinvaliden sträubt sich gegen die Inanspruchnahme dieser letzten Station im wirtschaftlichen Daseinskampf, aber der Hunger und die entsetzliche Not kennen kein Erbarmen.

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden Deutschlands mit dem Sitz in Frankfurt a. M. ist gegründet, um all diese Körperlich leidenden, niedergedrückten und entrechteten Volksgenossen zu vereinigen, um als geschlossene Macht die Interessenerrettung auf Grund der unverrückbaren Menschenrechte energisch durchzuführen. In Verbindung mit den Arbeiterpartei und Gewerkschaften wollen wir auf dem Boden der Gleichberechtigung aller die wirtschaftliche Sicherstellung dieser Kreise erkämpfen. Auch die so sehr daniederliegende Heilfürsorge, Berufsberatung, Berufsumlernung der Arbeitsinvaliden müssen wirksam in Angriff genommen werden und das Mitbestimmungsrecht bei allen Fürsorgemaßnahmen gesichert werden. Alle Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen wird bereitwilligst Aus-

Kunst erteilt durch den Zentralverband der Arbeitsinvaliden Deutschlands, Frankfurt a. M., Wehmannstr. 46. In alle gefundenen Arbeitskollegen und Arbeiterorganisationen ergeht der Ruf, die Arbeitsinvaliden in ihrem Kampf um ihre Menschenrechte zu unterstützen, aber nicht allein moralisch, sondern auch durch die Tat. Sammelt in den Betrieben und in den Versammlungen. Laßt Euch Zeichnungslisten von der Zentrale in Frankfurt a. M. senden und helft so die Organisation der Arbeitsinvaliden aufbauen, deren Mitglieder mit eigenen Kräften hierzu nicht in der Lage sind.

Nachrichten für Ein- und Auswanderer. In Mannheim (Schloß) und Ludwigsburg (Kaisersplatz 21) sind Zweigstellen des Reichswanderungsamtes errichtet worden.

Auslandshäfte für deutsche Auswanderer sind erschienen, und zwar über folgende Länder: Holland, Schweden und Venezuela. Sie sind im Buchhandel erhältlich; herausgegeben sind sie vom Reichswanderungsamt.

Der Norddeutsche Lloyd hat mit einer Triester Gesellschaft ein Abkommen getroffen, wonach deutsche Auswanderer nach New York und Südamerika von jetzt an auch über Triest auswandern können. Eine ähnliche Vereinbarung für Genoa steht bevor. Die Fahrpreise auf italienischen Dampfern für die Reise nach Rio de Janeiro (Zwischendeck) betragen 850 Lire, nach Buenos Aires 900 Lire. Der Stand des italienischen Lire zur deutschen Mark beträgt zurzeit ungefähr 1:8.

Die Einwanderung nach Rumänien ist noch immer mit großen Schwierigkeiten verbunden. Einreiseerlaubnis nach Sibina erteilt die Passstelle des Auswärtigen Amtes, Berlin, Behrenstraße 21. — Nach Japan können jetzt Deutsche, die früher dort anständig waren, in beschränkter Anzahl zurückkehren. Wegen der Einstellung von Deutschen in niederländische, indische Regierungstellen wenden sich beschwerdebeführend die dort anständigen holländischen Angestellten.

Spanien ist eines der wenigen Kolonialländer, die auch dem Arbeiter, besonders dem Landarbeiter, Aussichten auf ein günstiges Fortkommen bieten. Leider ist die deutschfeindliche Stimmung dort noch sehr stark, und zudem wird die Einreiseerlaubnis nur in sehr wenigen Fällen erteilt.

In Nordamerika beschäftigt man sich zurzeit mit dem Gedanken, wie man der Industrie die notwendigen billigen Arbeitskräfte aus dem Auslande zuführen kann, und auf der andern Seite, wie dem „unermüdeten Elemente“, gemeint sind bolschewistische, entgegenzuwirken ist. Diese letzteren befürchtet man namentlich von Deutschland, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Bolschewistenfurcht zu einem weiteren gesetzlichen Einreiseverbot, zunächst noch auf 1 Jahr, für Deutsche führt. Im übrigen vollzieht sich zurzeit in Nordamerika eine überaus starke Abwanderung aus der Landwirtschaft in die Industrie; diese Abwanderung übertrifft an Umfang und Stärke bei weitem das, was sich in Deutschland in dieser Hinsicht abgespielt hat.

Vor der Auswanderung nach Mexiko muß bis auf weiteres noch immer eindringlich gewarnt werden, und zwar wegen der durchaus ungeklärten politischen Verhältnisse.

Aus Argentinien in neuerer Zeit eingegangene Berichte bestätigen wiederum, daß die dortige Regierung nicht daran denkt, eine Einwanderung aus staatlichen Mitteln irgendwie zu unterstützen. Es sei sogar fraglich, ob überhaupt noch geeignetes Regierungsland vorhanden ist, und die Klagen über Unzulänglichkeiten bei Regelung der Besitzverhältnisse hören nicht auf. Hinzu kommt, daß selbst bei deutschen Großgrundbesitzern in Argentinien keine besondere Neigung besteht, deutsche Ansiedler aufzunehmen. Es soll das auf wiederholt ungünstige Erfahrungen zurückzuführen sein, die man in früheren Jahren gemacht haben will. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Klagen entstanden sind aus der Tatsache, daß sehr viele Auswanderer mit Vorstellungen und Erwartungen das Land betraten, die dort nicht erfüllt werden können. Das gilt übrigens nicht bloß für Argentinien.

In Brasilien (Staat Santa Catharina) beträgt der Preis für eine Kolonie von 30 Hektar Größe zurzeit 1500 bis 3000 Mkreis, das sind nach dem gegenwärtigen Stand der deutschen Mark 22 500 bis 45 000 Mk.

In Columbien soll im allgemeinen eine deutschfreundliche Stimmung herrschen.

Eine Anzahl führender englischer Schiffslinien hat die Fahrpreise nach Uebersee um 10% erhöht. Das wird zur Folge haben, daß auch andere Gesellschaften diesem Beispiel folgen.

Genossenschaftliches.

Der Vorzug der Konsumgenossenschaftlichen Bedarfsdeckung. Mit zwingender Gewalt drängt die Entwicklung von der plan- und systemlosen kapitalistischen Profitwirtschaft zum organisatorisch vollkommeneren System der genossenschaftlichen Warenversorgung. Wie vorteilhaft sich genossenschaftlich bereits die kräftigste Organisation der Konsumgenossenschaft abhebt von der Privatwirtschaft, sei an zwei Beispielen gezeigt, die darstellen, welche enorme Zersplitterung bei der Verteilung der zwangsbewirtschafteten Waren vorhanden ist. In Gera kamen in der Mitte des vergangenen Jahres für die Warenverteilung des Kommunalverbandes insgesamt 130 Läden in Betracht mit einer Kundenzahl von 48 714; davon entfielen auf die 5 Läden des Konsumvereins 9271 Kunden, auf die übrigen 125 Läden deren 39 543. Während auf je einen Laden des Vereins im Durchschnitt 1854 Kunden entfielen, kamen auf ein Privatgeschäft nur 731. In Altona kommen für die Verteilung außer 6 Großfirmen als Überverteiler 98 Kolonialwarengeschäfte in Frage. Der Konsumverein hat in seinen 5 Verkaufsstellen mehr als ein Viertel der gesamten Bevölkerung als Kunden bei rund 3500 Mitgliedern. Bei der Brot- und Mehloversorgung das gleiche Bild. Während 10 Betriebe unter 1 Zentner, 50 bis zu 10 Zentnern, 53 bis zu 50 Zentnern lieferten, lieferte der eine Konsumvereinsbetrieb 270 bis 300 Zentner. Bei diesen Vergleichen ist zu berücksichtigen, daß sich die Zahlen, wie erwähnt, auf die Mitte des vergangenen Jahres beziehen; seit dieser Zeit haben beide Vereine eine beträchtliche Mitgliederzunahme erfahren. Das Verhältnis hat sich infolgedessen noch weiter zu deren Gunsten verschoben. Wie hier nun, so liegt es überall.

Vom Ausland.

Die Landesgewerkschaftskommission für die deutschen Gebiete der tschechoslowakischen Republik beruft den ersten ordentlichen Gewerkschaftskongress für den 26. Juli 1920 und folgende Tage nach Teplic, Schönau ein.

Schweiz. In St. Gallen wurde für das Malergewerbe ein Tarif vereinbart, der den Mindestlohn auf 1,80 Fr. und die Arbeitswoche auf 47 Stunden festlegt. Der Tarif dauert 2 Jahre.

Für Solothurn, Olten, Grenchen und Landschaft ist der Kantonalvertrag für das Malergewerbe nicht mehr vereinbart worden. Die Malermeister wollen die 52-Stundenwoche. In Solothurn ist durch kurzen Streik ein Abkommen auf der Basis der 50-Stundenwoche erfolgt. Diese Arbeitszeit wird die erste Etappe zur 48-Stundenwoche bilden.

In Freiburg streikten die Maler und Gipser. Gesperret für Maler sind die Orte: Vevin, Yvergn, Lausanne, Schaffhausen, Winterthur und Zürich.

Fachtechnisches.

Das Gebiet der Anstrichfarben zur diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse war, wie wir einem Artikel von Probst, Leipzig, in der „Technischen Welta“ über Baustoffe entnehmen, stark vertreten. Das Bestreben, die unter den heutigen Verhältnissen sehr teuren Ölfarben zu ersetzen, sei vorherrschend. Neuartig in dieser Hinsicht bezeichnet der Verfasser die „Granito“-Farben. Es handelt sich hierbei um billige Zinnoxidfarben, die mit Granitpulver angemacht werden. Die Farben haften auf Holz sehr gut und lassen sich auch für Anstriche auf Stein und Eisen anwenden. Als Säure- und laugenbeständige Anstrichfarbe wurde „Aspilfarbe“ angeboten, die sich gegen 10prozentige Salzsäure, 20prozentige Schwefelsäure, 40prozentige Sodaaflösung, 30prozentigen Spiritus, 10prozentige Kochsalzlösung widerstandsfähig verhält. Unter dem Namen „Bontri“ kommt ein bewährtes Mittel auf den Markt, das die Behandlung frischen Zementputzes mit Farben ohne Beeinträchtigung gestattet. Es ist bekannt, daß der im Zement enthaltene kiesel-säurehaltige Kalk zerfallend auf Öl, Gips, Sand- und andere Farben einwirkt und erst nach etwa einem Jahre, wenn der kiesel-säurehaltige Kalk sich in kohlensauren Kalk umgewandelt hat, der Zementputz Farbansätze gestattet. Um Zementputz unempfindlich gegen die Einflüsse von Säuren und Laugen, wie sie besonders bei Zementröhren, Betonbehältern und ähnlichem zu beobachten sind, zu machen, dient „Nigrit“, ein streichfertig schwarzes Anstrichmittel. Eine neuartige Wasserlasur, die ständig streichfertig ist und nicht mit Wasser angemacht zu werden braucht, ist die „U-Fix“-Steinfarbe, die ein Auskristallisieren und den dadurch bedingten häßlichen Aufschlag vermeidet. Sie kommt vor allem für Holzbauten, die sie durchaus feuerfester macht, außerdem auch für Beton-, Ziegel- und Lehmwände in Frage. In dem sogenannten Sandzement, zu dem der gleiche Grundstoff in Verbindung mit feinem Sand dient, lernen wir einen blichten, feuerfesten Mörtel kennen, der vor allem auch bei den heute so viel angewendeten Lehmputzen einen hervorragenden dichten Überzug abgibt. Ein anderes Lehmputzmittel tauchte unter dem Namen „Jobebi“ auf.

Als Isolieranstrich gegen Feuchtigkeit für Beton wurde das bekannte „Preolit“ angeboten. Preolit findet als Schutzanstrich für Zementwaren, Beton, Mauerwerk und auch für Eisen Anwendung. Dem gleichen Zwecke dienen die ebenfalls gezeigten Erzeugnisse „Ceresit“ und „Ceresitol“. Auch betonähnliche Massen, zu deren Herstellung Zement nicht benötigt wird, wurden gezeigt. Ebenfalls wurden die für den Holzbau benötigten Stoffe auf der Messe gehandelt, so zum Beispiel Anstrichfarben, Imprägnierungsmittel usw. Zum Schutz gegen Hauschwamm, Pilz- und Schimmelwucherungen dient „Mikrosol“. Ein Mittel zur gründlichen Vernichtung des Hauschwamms wurde auch in dem sogenannten „Cortus“ angeboten.

Auf dem Gebiete der Steinholzindustrie wurden verschiedene neue Anwendungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel Arbeitstische für Werkstätten, Fabriken usw., gezeigt. Aus Steinholz waren außerdem Treppentufen, Fensterbänke, Fußleisten, Waschtretter und ähnliche Artikel vertreten.

Verwandt mit der Steinholzindustrie sind die Gebiete der Holzabfallverwertung zur Herstellung von Baustoffen, von denen die „Lekton-Platten“ und die „Holja-Platten“ auf der Messe zu finden waren.

Fassadenputze waren in stattlicher Zahl vertreten. Erwähnt von diesen seien: „Terranova“, „Terrast“, „Novolith“, „Günthers Granitputz“ und „Ornazit“. Bei letzterem handelt es sich nicht um einen besonderen Putz, sondern um ein neuartiges Verfahren, ihn maschinell mit Hilfe eines kleinen, elektrisch betriebenen Schleuderapparates anzutragen. Dieses maschinelle Putzen vereinfacht, erleichtert und verbilligt die Ausführung der Putzarbeiten ganz wesentlich.

Patentschau. Zusammenge stellt vom Patentbureau Krueger, Dresden.

Angemeldete Patente: Klasse 75 a. 14. W. 49908. Karl Weber, Göttingen; Propellerkopiermaschine. 17. Oktober 1917. — Klasse 75 b. 7. K. 71 240. Clemens Repler, Nürnberg; Metallbelag zur Verkleidung und Verzierung von Wandflächen. Zusatz zum Patent 319 879. 2. Dezember 1919. — Klasse 75 b. 18. Sch. 56 518. Ferd. Schmidt, Großschloß, Kreis Fulda; Verfahren zur Herstellung von Bild- und Schriftzeichen in Glasplatten. 27. Oktober 1919. — Klasse 75 b. 11. W. 50 398. Alf. Deichmann, Hillegersberg bei Rotterdam; Verfahren und Einrichtung zur Herstellung von Reliefsbildern. 14. Februar 1918. — Klasse 75 c. 19. V. 15 037. Gust. Vogel, Grundschüttel bei Bolmarstein; Stiftemaschine für Malerstaffeleien. 29. Oktober 1919. Gebrauchsmuster: Klasse 75 d. 742 276. Hans Holland, München, Leopoldstr. 58. Kunstgewerbliche, mit Lack- und farbigen Stoffen bildmäßig behandelte Gläser zum Einlassen in die Deckel von Dosen, Kästchen, Schmuckschatullen, Tablett usw. 16. April 1920.

Fachliteratur.

Von der Deutschen Malerzeitung „Die Wappe“ liegt Band 3 des Bandes 40 vor. Es enthält Tafel 11: Friedhofskapelle, von Emil Bloch-Weipzig; Tafel 12: Tafel für ein Schullokal, von Karl Sonner in Olching; Tafel 13: Schattenbilder, von Otto Obermeier-München; Tafel 14: Bemalte Koblensimer, von Emil Fock in Klotzsch bei Dresden; Tafel 15: Amor und Psyche nach einer Lithographie von Wertheim. Von dieser vorzüglich redigierten, reich ausgestatteten Zeitschrift erscheint jährlich 12 illustrierte Monatshefte und allwöchentlich eine Nummer. Wir können unsern Kollegen die Deutsche Malerzeitung „Die Wappe“ als die für das Malergewerbe bestmögliche und zweckdienlichste Fachschrift empfehlen. Der Bezugspreis für Deutschland beträgt vierteljährlich nur 15 Mk. Interessenten wenden sich an den Verlag: Georg D. W. Callwey in München, Finkenstr. 2.

Literarisches.

Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufe Deutschlands. Geschäftsbericht zur siebenten ordentlichen Generalversammlung vom 28. bis 26. Mai 1920 in Essen a. d. R. Selbstverlag des Verbandes, Düsseldorf.

26. Jahresbericht der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GDK) m. b. H. für das Geschäftsjahr 1919. Das gemeinwirtschaftliche Wesen dieser großartigen Organisationen mit dem Sitz in Hamburg geht schon daraus hervor, daß sie im Jahre 1919 einen Warenumsatz von über 862 1/2 Millionen Mark erreicht hat.

Deutscher Tabakarbeiterverband. Protokoll der Verhandlungen des siebenten Verbandstages, abgehalten in Bremen vom 27. bis 31. Oktober 1919.

Die Glocke. Sozialistische Wochenschrift, herausgegeben von Parvus. Preis des Einzelheftes 1 Mk. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

Entstehung und Entwicklung des deutschen Knappheitswesens bis zum Jahre 1920. Herausgegeben im Auftrage des Verbandsvorstandes der Bergarbeiter von Georg Wismann, Bochum.

„Der Sozialismus“, sein Wesen, seine Grundlagen und sein Ziel. Herausgegeben von Hermann A. B. O. erschienen im Theosophischen Kulturverlag, Leipzig, Königstraße 12. Preis 2,40 Mk.

Sterbetafel.

Berlin. Am 17. Mai starb der Kollege Richard Brzoganzi, geboren am 15. März 1864 in Ganten. — Am 30. Mai starb der Kollege Gustav Waldhelm geboren am 14. Januar 1851 in Bielefeld. Breslau. Am 8. Mai schied unser Kollege Hugo Bartfeld im Alter von 49 Jahren freiwillig aus dem Leben. Werben. Bei den Märzämpfen fiel unser braver Kollege der Kassierer unserer Filiale, Paul Hempel. Ehre ihrem Andenken!

Die Woche vom 20. bis 26. Juni 1920 ist die 25. Beitragswoche.

Anzeigen

Durchaus selbständiger Wagenlackierer, tüchtiger Abseher und Freiglasierer in dauernde Stellung gesucht. Wagenfabrik Israel & Sohn, Danneberg, Runder Straße 4.

Der Maler Bruno Schlöffer (Wohnnummer 186 897), geboren am 4. Februar 1895 in Landsberg, eingetretten am 11. November 1919 in Landsberg, ist am 4. Juni plötzlich unter Mitnahme von Bettelungsgegenständen eines Kollegen im Werte von 1800 Mk. verschwunden. Kollegen, die den jetzigen Aufenthalt des Schl. kennen, werden gebeten, sofort Nachricht zu geben an die Filiale Mathesow, Wilsd. Wabe, Rauner Straße 5, 2. Et.

Streichbürsten Winkel aller Art in Friedensqualität zu billigen Preisen liefert G. W. Witte, Berlin NO 55, Gusefeldstr. 46.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigter oder im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich fort meine Buchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplattmalereien sowie auch zur Herstellung von Plattmalereien aller Art zuwenden läßt. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Plattmalereien herstellen. Besonders wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattmalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Vornehmeres sind. Ganze Serie Buchstabenpausen, bestehend aus 14 Doppelalphabeten (jedes Alphabet 26 groß und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Höhen von 1 bis 5 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Verzierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigem Brillant-Glas in Werte von allein 5,50 Mk., einem Bogen Goldfolie und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serie nur 17 Mk. gegen Nachnahme, oder gegen Einzahlung von 18 Mk. Frankozahlung. Albin Huttmacher, Maler, Bilden- u. Plattmalerei.

„Firniss“ Lacke, Seime, Schellack lackt jeden Pflanz- u. Tierstoff. Ganzl. chemischer Produktions Berlin O 24, Wilhelm-Stolte-Str. 28, Königsplatz 7317.

Wilhelm Walter Lacke, Seime, chemische Erzeugnisse für Maler und Lackierer. Gamsburg, Bartschstraße 79, Geschäftszeit von 10 bis 4 Uhr.